

„Wohlstand für alle“: Ein altes Rezept zur Lösung der aktuellen Probleme

Neujahrsempfang SPD Würzburg

28. Januar 2012

Professor Dr. Peter Bofinger

I. Leuchtturm Deutschland

Auf Neujahrsempfängen ist traditionell Optimismus angesagt. Doch zum von Krisen überschatteten Jahresbeginn 2012 ist es ungewöhnlich schwierig, dieser Verpflichtung nachzukommen. Aber allen Problemen gibt es ja auch Lichtblicke. Und erfreulicherweise ist es Deutschland, das derzeit zu den wichtigsten Leuchttürmen der Weltwirtschaft zählt. Die noch vor zehn Jahren weithin totgesagte deutsche Wirtschaft hat die globale Wirtschafts- und Finanzkrise überraschend gut überstanden. Die Arbeitslosigkeit, die noch vor wenigen Jahren weithin als ein nahezu unheilbares Leiden diagnostiziert wurde, ist mit zuletzt rund 2,9 Mio Arbeitslosen auf das Niveau zu Beginn der neunziger Jahre zurückgegangen. Mit einem Haushaltsdefizit von rund 1 % im Jahr 2012 ist Deutschland ein Fels der Stabilität in einem Ozean weltweit weiterhin stark ansteigender Staatsverschuldung. Das hat ja zuletzt dazu geführt, dass Investoren dem deutschen Staat sogar Geld dafür bezahlen, dass sie deutsche Staatsanleihen halten dürfen.

Aber wir sollten uns nichts vormachen. Bei einem Anteil der Ausfuhr von zuletzt 51 % am Bruttoinlandsprodukt werden wir keine **Insel der Seligen** bleiben, wenn sich die Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr massiv abkühlt. Schon jetzt zeigen die Daten für das 4. Quartal 2011 dass die deutsche Wirtschaft zuletzt nicht mehr gewachsen ist. Unsere Exporte stagnieren preisbereinigt sogar schon seit mehr als einem Jahr.

II. Vier Phasen der Weltwirtschaft

Und so sollten wir uns nach dem rasanten Aufholprozess der Jahre 2009 bis 2011 jetzt global auf eine Phase eher magerer Jahre einstellen. Um diese längerfristigen Trends zu verstehen, muss man etwas weiter ausholen und nach den grundlegenden Wachstumskräften der Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten fragen. Ich möchte dabei vier Phasen unterscheiden:

- **Phase I:** In den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg wurde in allen westlichen Ländern eine Wachstumsformel angewendet, die sich am besten mit Ludwig Erhards Motto des „**Wohlstands für alle**“ umschreiben lässt. Die in diesen Volkswirtschaften erzielten Wohlstandsgewinne wurden breit verteilt, so dass es bei einer vergleichsweise geringen Einkommensungleichheit über dreißig Jahre hinweg zu einem nachhaltigen, insbesondere vom Massenkonsum getragenen Wachstum kommen konnte.

- **Phase II:** Dieses Wachstumsmodell wurde im Laufe der achtziger Jahre immer mehr abgelöst durch ein kreditfinanziertes Wachstum. Der Auslöser dafür war eine wachsende Ungleichheit vor allem in den angelsächsischen Ländern, die durch die Marktliberalisierungsstrategien von Margaret Thatcher und Ronald Reagan gefördert wurde. So kam es dazu, dass der Reallohn in den USA, der in der Nachkriegszeit kontinuierlich gestiegen war, seit Ende der siebziger Jahre nicht mehr erhöht wurde, und sich der Anteil der Top-1% Verdienere am US-Volkseinkommen von damals 8 % auf bis zu 18 % im Jahr 2007 erhöhte. Dass es in dieser Phase gleichwohl zu Wachstum gekommen ist, war nur möglich, weil sich die privaten Haushalte in den Vereinigten Staaten immer mehr verschuldeten. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich ihre Verschuldung von 45 % (Ende der siebziger Jahre) auf über 90 % (2007). Die Mittelschicht partizipierte so nicht mehr über ihre Lohneinkommen, sondern vor allem über den Wert ihrer Immobilien am allgemeinen Wohlstandszuwachs. Diese Strategie ging lange Zeit gut, aber für viele Haushalte wurde sie nach dem Platzen der Immobilienblase im Jahr 2007 zum Albtraum. Ein über eine hohe private Verschuldung getriebenes Wachstum war in den Jahren vor der Krise nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in Ländern wie Spanien, Irland, Griechenland, Island und Ungarn zu beobachten. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass die Weltwirtschaft in dieser Phase nicht durchgängig durch dieses Modell beschrieben werden kann. In Ländern mit einer eher protestantischen Ethik wie China, Deutschland, Japan oder der Schweiz, wo es ebenfalls zu einer steigenden Ungleichheit kam, scheute die Mittelschicht den Weg in die Verschuldung. Stattdessen häuften die von der Umverteilung begünstigten privaten Haushalte und Unternehmen ungewöhnlich hohe Netto-Geldersparnisse an, da sie für ihre Gewinne im Inland keine attraktive investive Verwendung finden konnten. Sie finanzierten damit - wohl eher unwissentlich - die wachsende Verschuldung der Defizitländer. Diese oft dem Begriff der „**globalen Ungleichgewichte**“ umschriebene Konstellation, bescherte der Weltwirtschaft in der Phase bis zum Jahr 2007 sehr hohe Zuwachsraten: Die hohe Sparneigung in den Überschussländern wurde durch die hohe Konsumneigung in den Defizitländern problemlos kompensiert. Diese rauschende Party endet jäh mit der Finanzkrise der Jahre 2007/2008.
- **Phase III:** Dass sich die Weltwirtschaft nach einem ebenso überraschend starken wie überraschend kurzen Einbruch im Jahr 2009 so schnell wieder erholen konnte, ist darauf zurückzuführen, dass die wegbrechende private Verschuldung nunmehr durch eine ebenso **massive öffentliche Verschuldung** ersetzt wurde. Diese erfolgreiche keynesianische Politik erlaubte den privaten Haushalten in den Schuldnerländern, ihre Verschuldung abzubauen und in den Überschussländern weiterhin hohe Geldersparnisse zu bilden. Denn ohne Schuldner gibt es keine Überschüsse. Es ist daher immer etwas bizarr, wenn wir in Deutschland auf der einen Seite alles tun, um das Geldsparen staatlich zu fördern – nicht zuletzt durch Riester, Rürup und Entgeltumwandlung kommen jährlich 150 Mrd. Euro Nettogeldersparnisse zusammen – und uns gleichzeitig darüber beklagen, dass andere Länder so hohe Schulden machen. In China kam hinzu, dass hier in den Jahren 2009 bis 2011 ein phasenverschobener Immobilienboom einsetzte, der nicht zuletzt mit einer massiven Verschuldung der privaten Haushalte wie auch der Kommunen einherging.
- **Phase IV:** Und jetzt zu Beginn des Jahres 2012 haben wir eine Situation erreicht, in der auch die öffentliche Verschuldung aus unterschiedlichen Gründen weithin an ihre Grenzen gestoßen ist. Idealerweise müsste jetzt der private Sektor wieder anspringen, aber bei einer sehr hohen Arbeitslosigkeit im Euroraum und in den Vereinigten Staaten, sowie bei überwiegend noch

immer rückläufigen Immobilienpreisen sind dafür die Aussichten gering. Und zum Schuldenmachen bräuchte man auch die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe, die derzeit global äußerst begrenzt ist.

III. Grenzen der Staatsverschuldung treiben Problemländer des Euroraums in gefährliche Abwärtsspirale

Die Grenzen für die Staatsverschuldung sind unterschiedlicher Natur. Während in Deutschland die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse die Spielräume für Defizite immer mehr reduziert, sehen sich die übrigen Mitgliedsländer des Euroraums zunehmend dem **Risiko der Zahlungsunfähigkeit** ausgesetzt, da sie zu einem Sparen zwingt, welches selbstmörderische Züge annimmt.

Da sie in Euro verschuldet sind, ohne über eine nationale Zentralbank zu verfügen, die dieses Geld unbegrenzt drucken kann, befinden sie sich in einer ähnlich unkomfortablen Situation wie manches Entwicklungs- oder Schwellenland, das sich in Dollar verschulden musste. Die Mitgliedschaft in der Währungsunion setzt Länder somit einem **Konkursrisiko** aus, dass beim Beibehalten der nationalen Währung so nicht gegeben ist. Und so bleibt jetzt allen Regierungen des Euroraums keine andere Wahl, als mit immer neuen Sparprogrammen, die Gunst der Märkte zu gewinnen. Doch ist dies bisher ohne erkennbaren Erfolg geblieben. Im Gegenteil: Obwohl beispielsweise Italien für 2012 ein deutlich geringeres Defizit realisieren wird, als dies noch vor einem Jahr erwartet worden war, und obwohl der schillernde Silvio Berlusconi durch den grundsoliden und hochkompetenten Mario Monti ersetzt wurde, liegt heute der Zinsaufschlag für italienische Staatsanleihen gegenüber der Bundesanleihe mit 4 Prozentpunkten zwar etwas niedriger als vor einem Monat, aber immer noch mehr als doppelt so hoch wie noch vor einem Jahr. Dabei haben die Märkte nicht einmal ganz Unrecht. Denn im Bestreben durch immer striktere Konsolidierungsprogramme, die öffentlichen Haushalte zu stabilisieren, wird die Konjunktur in diesen Ländern so stark geschwächt, dass sich die Verschuldungssituation eher noch verschlechtert. Die aktuellen Prognosen für 2012 lauten -2,2% für Italien -1,7 % für Spanien und - 3% für Portugal. Das beste Beispiel hierfür ist die Entwicklung in Griechenland, dessen Wirtschaft sich nach immer neuen Sparrunden mittlerweile im freien Fall befindet. All das erinnert fatal an die **Politik Brünnings** zu Beginn der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts, die für Deutschland zu fatalen ökonomischen und politischen Konsequenzen geführt hat.

Genau das hat auch die Rating-Agenturen Standard&Poors und Fitch dazu bewogen, die Ratings für die meisten Länder des Euroraums herabzusetzen. Bei aller berechtigten Kritik an den häufigen Fehltritten dieser Agenturen, insbesondere in den Jahren des Booms, sollte man jetzt nicht den Überbringer der schlechten Nachricht töten. S&P hat auch Recht, wenn die unzureichende Absicherung von Ländern wie Italien oder Spanien vor dem wachsenden Marktdruck kritisiert wird.

Wenn Frau Merkel an ihrer bisherigen eindimensionalen Linie festhält, die ganz nach dem Modell der schwäbischen Hausfrau im Sparen die Lösung aller Probleme sieht, muss man nicht nur mit weiteren Abwertungen rechnen, das wäre ja vielleicht noch zu verkraften; aber wir laufen Gefahr, dass sich daraus eine schwere Rezession des Euroraums entwickeln kann. Die sonst eher

nüchterne OECD warnt in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick vor „**highly devastating outcomes**“. In der Tat könnte es bei einem tiefen Einbruch der Wirtschaft über unkontrollierte Insolvenzen von Mitgliedsländern zum Zusammenbruch nationaler Finanzsysteme kommen, was zum Austritt eines Landes aus der Währungsunion führen könnte. Das wiederum könnte eine Kettenreaktion auslösen, an deren Ende ein Auseinanderbrechen der Währungsunion stehen könnte. Bei den engen weltwirtschaftlichen Verflechtungen ist das Schicksal des Euroraums zugleich entscheidend für die Entwicklung der Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr.

So wichtig es ist, die öffentlichen Haushalte im Euroraum wieder in solide Bahnen zurückzuführen: Man sollte den Konsolidierungsprozess nicht überziehen. So wie es in der Statik Grenzen der Belastbarkeit beispielsweise von Brücken gibt, so darf man Volkswirtschaften nicht einfach kaputtsparen. Die öffentliche Verschuldung wird im Vergleich zur Wirtschaftsleistung vielmehr nur dann zurückgeführt werden können, wenn die unausweichlichen Sparbemühungen begleitet werden durch Wirtschaftswachstum, und wenn es den Problemländern möglich ist, sich zu vernünftigen Zinssätzen zu refinanzieren. Der eindimensionale Ansatz der deutschen Politik muss daher ergänzt werden um Maßnahmen, die für Wachstum im Euroraum sorgen und die zugleich die Refinanzierungskosten der Problemländer in Grenzen halten. Ohne eine solche Drei-Säulen-Strategie wird der Euro die nächsten achtzehn Monate nur schwerlich überleben.

IV. **USA und China als Konjunkturlokomotiven**

Außerhalb des Euroraums sind die Perspektiven nicht rosig, aber zumindest auf kurze Sicht deutlich weniger dramatisch. Das liegt nicht zuletzt daran, dass dort teilweise noch immer die Verhältnisse der Phase III vorherrschen. So halten große Volkswirtschaften wie die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan mit einem gigantischen öffentlichen Defizit von rund 9 % im Jahr 2012 weiterhin recht ungeniert ihre Volkswirtschaften durch eine staatliche Kreditaufnahme in Schwung. Insbesondere für die Vereinigten Staaten gibt es aufgrund der weiterhin privilegierten Stellung des Dollar im globalen Währungssystem und der massiven Anleihekäufe der Fed bisher keinerlei bindende Budgetbeschränkung. Aufgrund der fehlenden Auslandsverschuldung ist das für Japan nicht sehr viel anders.

Auch wenn diese Strategie der deutschen wirtschaftspolitischen Orthodoxie widerspricht, sollten wir den Amerikanern vielleicht doch dankbar sein, dass sie mit einem Wachstum von immerhin 2% eine gewisse Lokomotiv-Rolle für die Weltwirtschaft wahrnehmen. Sollte man sich tatsächlich wünschen, dass in den Vereinigten Staaten derzeit mit aller Gewalt ein ausgeglichener Haushalt angestrebt wird, und dass die Fed – gemäß dem Handbuch der Bundesbank-Politik - ihre Anleihekäufe unmittelbar einstellt? Die ungelöste Frage ist allerdings, wie lange das gut gehen kann. Bei den extrem niedrigen Steuereinnahmen des amerikanischen Staates müsste die Konsolidierung eigentlich primär auf der Einnahmenseite ansetzen. Genau das ist jedoch politisch wohl kaum durchsetzbar. Und so bleibt mittelfristig für die größte Volkswirtschaft wohl nur die Wahl zwischen dem Weg in die Inflation oder aber Einschnitten auf der Ausgabenseite, womit die ohnehin geringe Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des amerikanischen Staates noch weiter geschwächt würde. Wahrscheinlich wird es zu einer Mischung aus beidem kommen.

- Zu den Hoffnungsträgern der Weltwirtschaft zählt nach wie vor **China**. In der Tat hat diese Volkswirtschaft in den letzten Jahren maßgeblich zur Stabilisierung des Welthandels beigetragen. Aber auch hier stößt die Verschuldung immer mehr an Grenzen. Nach dem enormen Immobilienboom droht nun die Gefahr einer deutlichen Abkühlung, wenn nicht eines massiven Einbruchs. Chinesische Beobachter gehen für 2012 von einem Preisrückgang von 20 bis 30 % aus. Es liegt nun einmal in der Natur von Immobilienmärkten, dass es sehr lange dauert, bis ein Überangebot zu entsprechenden Preisreaktionen führt, doch wenn diese eintreten, fallen sie in der Regel sehr massiv aus. Man spricht hier vom so genannten „Schweinezyklus“. Es wäre überraschend, wenn sich China dieser Gesetzmäßigkeit entziehen könnte. Bei einem erneuten globalen Konjunkturunbruch wird China jedenfalls kein zweites Mal in der Lage sein, diesen durch einen kreditfinanzierten Immobilienboom aufzufangen. Deutliche konjunkturelle Bremsspuren sind übrigens auch in anderen wichtigen Schwellenländern wie Brasilien und Indien zu erkennen.

V. Sollte die Welt deutsch sprechen?

Alles in allem sind so die mittelfristigen Aussichten für die Weltwirtschaft alles andere als rosig. Die Grenzen der privaten wie der öffentlichen Verschuldung sind erreicht. Das würde auch einen erneuten weltweiten Konjunkturunbruch als besonders bedrohlich erscheinen lassen, weil die meisten Staaten dann nicht mehr – wie im Jahr 2009 – in der Lage wären, diesen durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme zu kompensieren. Wer in einer solchen Situation immer neue Sparprogramme fordert und sich keine Gedanken darüber macht, wie man die Mitgliedsländer des Euroraums vor panischen Märkten schützen kann, spielt mit dem Feuer.

Lassen sich mich zum Schluss noch kurz auf die Frage eingehen, wie eine neue Formel für nachhaltiges Wachstum in der Weltwirtschaft aussehen könnte? M.E. muss sie sich von der simplen Einsicht Henry Fords leiten lassen, die bekanntermaßen lautet: „Autos kaufen keine Autos“. Wenn wir also wollen, dass der durch die Globalisierung geschaffene wachsende Wohlstand in den nächsten Jahrzehnten ohne eine exzessive Verschuldung auch abgesetzt werden kann, müssen wir versuchen von der Verhältnissen der Phase IV wieder in die Konstellation der Phase I zurückzufinden. Konkret müssen wir wieder in eine Situation kommen, bei der die Arbeitnehmer angemessen am Wirtschaftswachstum beteiligt werden. Genau daran hapert es nicht nur in den hoch entwickelten Volkswirtschaften, sondern noch sehr viel mehr in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien, in denen die Einkommensungleichheit besonders hoch ist. Wie wenig dort vom Wirtschaftswachstum beim heimischen Konsum angekommen ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass in China der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt von über 50 % Anfang der neunziger Jahre auf zuletzt nur noch 35 % zurückgegangen ist.

China hat somit ein großes nicht ausgeschöpftes Wachstumspotential im Bereich der Binnennachfrage. Doch setzt das stärkere Lohnerhöhungen voraus, ein sicherlich nicht einfacher Strategiewechsel, da er so ausgestaltet sein muss, dass dabei die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nicht unter die Räder kommt. Dass China eine stark konsumorientierte Strategie fahren

muss, wird auch von führenden Ökonomen des Landes (Li Yining) so gesehen, die sogar davor warnen, dass es andernfalls zu einem deutlich Rückgang des Wachstums kommen werde.¹

Dass dies nicht unmöglich ist, zeigt die erfolgreiche **deutsche Wirtschaftsentwicklung** der letzten Jahre. Dabei ist derzeit den wenigsten bewusst, welchen Strategiewechsel wir in den letzten Jahren erfahren haben. In der Phase 2003 bis 2007 sind die Arbeitsentgelte um lediglich 4 % gestiegen, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 48 % zulegen konnten. In der Phase von 2007 bis 2011 erhöhten sich demgegenüber die Arbeitsentgelte um 11 %, während die Unternehmereinkommen um 7 % zurückgingen. Insgesamt verminderte sich der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen von 2003 auf 2007 von 71 % auf 63 %, jetzt ist er immerhin wieder auf 67 % angestiegen. Dies hat der deutschen Wirtschaft offensichtlich nicht geschadet. Im Gegenteil, der über Jahre hinweg stagnierende private Verbrauch hat sich belebt und trägt somit dazu bei, dass sich unsere die Wirtschaft unabhängiger vom Ausland entwickeln kann. Durch einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn und einem besseren Schutz von Leiharbeitern kann diese positive Entwicklung in den nächsten Jahren noch verstärkt werden und damit dazu beitragen, dass unsere Wirtschaft in einem schwachen globalen Umfeld verstärkt durch die Binnennachfrage getragen wird.

Und so ist zu hoffen, dass wenn die Welt schon deutsch sprechen soll, Ludwig Erhards „Modell des Wohlstands für alle“ immer Anklang finden wird. Wenn er immer dafür geworben hat, die Arbeitnehmer durch eine „freizügige Lohnentwicklung“ angemessen am wachsenden Wohlstand zu beteiligen, dann nicht weil er ein „Gutmensch“ war, sondern weil er als professioneller Volkswirt erkannt hatte, dass nur so ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich ist.

Insgesamt wird es für die Zukunft der deutschen, der europäischen wie der globalen Wirtschaft mehr denn je darum gehen, die anstehenden **Probleme solidarisch zu lösen**. Es gehörte zu den großen Irrlehren der letzten Jahrzehnte, dass man glaubte, durch einen darwinistischen Konkurrenz-Kampf nach dem Motto „Jeder gegen jeden“ die Zukunft unserer Gesellschaften sichern zu können. Im nationalen Rahmen benötigen wir Regeln, die dafür sorgen, dass die Schwächeren nicht unter die Räder kommen. Im europäischen Rahmen werden wir die Eurokrise nur lösen können, wenn wir bereit sind, als Einheit und nicht als 17 Einzelstaaten aufzutreten, und auch unsere Umwelt werden wir nur bewahren können, wenn wir global kooperieren.

Ich wünsche der SPD und allen ihren Mitgliedern für das Jahr 2012 die Kraft, sich in diesem Sinne für eine bessere Politik in Deutschland, in Europa und der Weltwirtschaft einzusetzen.

¹ http://europe.chinadaily.com.cn/business/2012-01/17/content_14459772.htm